

II-10253 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5107/J

1990-03-06

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Dkfm. Bauer
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend behindertenfeindlicher U-Bahnbau in Wien

Der Stationsbau bei der Wiener U-Bahn vernachlässigt in vielerlei Hinsicht die Interessen von behinderten Menschen. Aufgrund des Schienenverbundvertrages 1979 trägt der Bund 50 % der Errichtungskosten für die U 3 und die U 6. Zur Koordinierung und Klärung aller diesbezüglich auftretenden Fragen ist ein Vollzugsausschuß eingesetzt, in dem der Bund durch das Bundesministerium für Finanzen vertreten ist. Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

- 1) Inwieweit war der Vollzugsausschuß bisher mit Fragen des behindertengerechten Stationsbaues befaßt?
- 2) Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um im Wege des Vollzugsausschusses den Interessen behinderter Menschen zum Durchbruch zu verhelfen?